

XXV.GP.-NR
1154 /J
26. März 2014

ANFRAGE

der Abgeordneten **Schenk**
Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
betreffend „**Anti-Gewalt-Training als Täterprogramm**“

Die Studie „Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld- Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern (2011)“ berichtet, dass neun von zehn Frauen, aber auch acht von zehn Männern zumindest einmal in ihrem Leben psychischer Gewalt ausgesetzt waren. 61,4 Prozent der Männer und 56,8 Prozent der Frauen berichteten von körperlicher Gewalt (S.58 ff.) In Bezug auf körperliche Übergriffe haben Frauen und Männer fast gleich häufig Erfahrungen gemacht. (S.130).

Während die Opfer also männlich und weiblich sind, sind die Täter laut vorhandenen wissenschaftlichen Quellen mehrheitlich männlich. In den Empfehlungen REC(2002)5 des MinisterInnenkomitees an die Mitgliedsstaaten über den Schutz von Frauen vor Gewalt wird angeregt, die aktive Beteiligung von Männern an Maßnahmen zu unterstützen, die auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen abzielen.

Eine dieser Maßnahmen sind Anti-Gewalt-Trainings in Form von Täterprogrammen. Die Finanzierung dieser Schulungen wurde 2013 nahezu aufgegeben. Weder das Bundesministerium für Inneres, noch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz vergaben bis Mitte 2013 dementsprechende Förderungen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nachstehende

ANFRAGE:

1. Hat Ihr Ressort 2013 Anti-Gewalt-Trainings gefördert? Wenn ja, wie hoch und an wen wurde diese Förderung gewährt? Wenn nein, warum nicht?
2. Haben sie 2014 vor, Anti-Gewalt-Trainings finanziell zu fördern? Wenn ja, wie hoch sind die veranschlagten Mittel hierfür? Wenn nein, warum nicht und wie werden sie anderweitig den angeführten Empfehlungen entsprechen?
3. Wie beurteilen sie den präventiven Ansatz, Täter durch Täterprogramme in die Problemlösung einzubeziehen?
4. Wie gestaltet sich die diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Bundesministerin für Frauen und Öffentlicher Dienst? Welche konkreten, gemeinsamen diesbezüglichen Maßnahmen sind geplant?